

- News
- Seminare
- Archiv
- Über uns
- Newsletter

Suche 

## Mit Landkarten für mehr Bürgerbeteiligung

Autor: E.K., Foto: googlemaps, 2015-01-20



Baden-Württemberg treibt die Bürgerbeteiligung voran. Im Staatsministerium von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ist - bundesweit einmalig - eigens eine Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung aktiv. Um das Anliegen auch im Internet aufzubereiten, wurden im vorigen August zwei virtuelle Landkarten freigeschaltet, die über Akteure der Bürgerbeteiligung sowie aktuelle und abgeschlossene Projekte kompakt informieren.

„Mit den Landkarten soll die bereits im Land vorhandene Bürgerbeteiligung sichtbar gemacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten eine Gesamtschau über die Beteiligungskultur im Land“, sagte Gisela Eler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung bei der Freischaltung der Karten. Inzwischen sind 174 Projekte verzeichnet. Über eine Suchmaske lassen sich schnell Projekte, sortiert nach Verfahrensstand und Thema, finden. Ob Kommune oder Bürger: Wer eine Bürgerbeteiligung plant, kann hier auf umfangreiche Erfahrungen zurückgreifen.

So sind zum Thema Finanzen gegenwärtig sieben Projekte verzeichnet. Bei einem Klick auf den entsprechenden roten Punkt auf der Karte erfahren die Nutzer das Wichtigste in Kürze: Um welches konkrete Vorhaben es sich handelt, wer Ansprechpartner ist und wo weiterführende Informationen im Internet zu bekommen sind. Die einzelnen Projekte wurden in zwölf Themenkategorien sortiert. Auch eine formale Suche ist möglich - von Beschwerden über Begehren und Entscheide bis Online-Beteiligungen.

Anstöße geben, informieren, vernetzen - das ist das Anliegen der Allianz für Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, einem Zusammenschluss von Vereinen, öffentlichen Einrichtungen sowie Kommunen. Die mittlerweile 72 Mitglieder wollen aus der Mitte der Gesellschaft heraus die Bürgerbeteiligung voranbringen. „Die Bürgerbeteiligung stößt in der Zivilgesellschaft auf großes Interesse“, sagte Geschäftsführerin Miriam Freudenberger zu *Lernende Verwaltung*. Die Landkarten im Internet würden Orientierung bieten und den Austausch ermöglichen. Inzwischen sei bei den baden-württembergischen Kommunen „eine erhöhte Sensibilität“ für das Thema Bürgerbeteiligung festzustellen.

In der Gemeinde Tuningen beispielsweise wollte das Land eine neue Justizvollzugsanstalt bauen. Unter Begleitung von Staatsrätin Erler wurden früh die Bürger einbezogen. Bei mehreren Veranstaltungen diskutierten sie Für und Wider des Vorhabens. Am Ende stimmten die Tuninger mit einem Bürgerentscheid ab. Auch wenn das Ergebnis - das Gefängnis wurde abgelehnt - nicht jedem Landespolitiker gefällt, so gilt das Herangehen doch als eine gelungene Form der Bürgerbeteiligung.

Auch bei Gesetzentwürfen wird der Sachverstand der Bürger inzwischen einbezogen. „Die Beteiligung variiert thematisch stark. Grundsätzlich erhalten wir viele hilfreiche Hinweise, die in einigen Fällen auch schon Eingang in Gesetze gefunden haben“, sagte eine Sprecherin des Staatsministeriums zu *Lernende Verwaltung*. Zudem wurde die Bürgerbeteiligung in einem Planungsleitfaden verankert, der bei Bauvorhaben des Landes zu beachten ist. Gerade Bauprojekte würden oft kontrovers diskutiert, weiß Geschäftsführerin Freudenberger von der Allianz für Bürgerbeteiligung. Als Vorbild nennt sie Heidelberg. Hier hätten Verwaltung und Bürgerschaft gemeinsam Leitlinien für die Bürgerbeteiligung ausgearbeitet. Leitlinien, die jetzt zur Anwendung kommen: So bei der Suche nach dem Standort für eine neue Stadthalle.

Kontakt

## Kontakt

Allianz für Beteiligung  
Dr. Miriam Freudenberger  
- Geschäftsführung -  
Tel.: 0711-335 000-81  
Fax: 0711-335 000-66  
E-Mail: [Miriam.Freudenberger@allianzinitiative-buergerbeteiligung.bwl.de](mailto:Miriam.Freudenberger@allianzinitiative-buergerbeteiligung.bwl.de)  
Internet: [www.allianz-fuer-beteiligung.de](http://www.allianz-fuer-beteiligung.de)

Zurück

- [Kontakt](#)
- [MaKoKa](#)
- [AGB](#)
- [Impressum](#)

[JETZT NEWSLETTER ABONNIEREN](#)